

Bern

Gegen eine Spaltung

Pierre Alain Schnegg verteidigt seine Direktion. 19



Bernmobil prüft Pilot mit autonomen Bussen

Der Gemeinderat soll das Potenzial von selbstfahrenden Fahrzeugen bei der Erschliessung von Quartieren prüfen. Dies verlangen die Grünliberalen im Berner Stadtrat. Der Testbetrieb der Freiburger Verkehrsbetriebe zeigt allerdings noch Kinderkrankheiten.



Der autonome Bus der französischen Firma Navya soll ab Dezember den Anschluss an die Buslinie 1 der Freiburger Verkehrsbetriebe garantieren können. Foto: Adrian Moser

Bernhard Ott

Während der Fahrt legt Claude Meuwly den Joystick kaum beiseite. Dabei wird der Kleinbus der Freiburger Verkehrsbetriebe vom Computer gefahren. Meuwly fährt mit, um allfällige Störungen zu beheben. Und Störungen kommen auf der kurzen Fahrt zwischen Marly Cité und dem Marly Innovation Center in der Tat vor. «Am Anfang hatten wir ein Problem mit Katzen», sagt Stéphane Berney, Sprecher der Verkehrsbetriebe. Der Bus-Radar habe Hindernisse, die kleiner als 35 Zentimeter seien, nicht erkannt. Gestern hielten die Katzen Abstand. Dafür hat fallendes Laub für unvorhergesehene Stopps gesorgt, weil die Sensoren es als Hindernis erkannten. Meuwly rät denn auch den Passagieren, sich während der Fahrt zu setzen. «Die Stopps können sehr abrupt erfolgen», sagt der Fahrbegleiter.

Ab Dezember im Fahrplan

Freiburg ist nicht die erste Schweizer Stadt, in der ein Testbetrieb mit selbstfahrenden Bussen durchgeführt wird.

«Am Anfang hatten wir ein Problem mit Katzen.»

Stéphane Berney, Verkehrsbetriebe Freiburg

Im Sommer letzten Jahres sorgte ein erster Versuch von Postauto Schweiz AG in Sitten für Aufsehen (siehe Kasten). Die Freiburger Verkehrsbetriebe werden aber das erste Schweizer Transportunternehmen sein, dessen selbstfahrende Busse fahrplanmässig verkehren. Bereits beim kommenden Fahrplanwechsel vom 10. Dezember soll es so weit sein.

Testbetrieb in Bern geplant

In der Stadt Bern hat man die Entwicklung bisher eher zurückhaltend verfolgt. Nun verlangt aber ein Vorstoss von Matthias Egli (GLP), dass der Gemeinderat

das Potenzial für den Einsatz sogenannter autonomer Shuttles in den Quartieren abklären lässt. «Es geht nicht um die Linie Bern-Ostermundigen», sagt Egli. Selbstfahrende Busse könnten als Ergänzung bestehender oder als Ersatz für schlecht ausgelastete Linien eine Rolle spielen. Der GLP-Politiker ist überzeugt, dass selbstfahrende Fahrzeuge bei der Entwicklung Brunnens oder bei den Planungen im Viererfeld und auf dem Gaswerkareal gut eingesetzt werden könnten. So wäre eine ergänzende Erschliessung des Gaswerkareals durch einen autonomen Bus von der Talstation der Marzilibahn her denkbar. Die technologische Entwicklung verlaufe jedenfalls rasant. «Bis zur Realisierung der Überbauungen werden autonome Shuttlebusse im öffentlichen Verkehr garantiert eine Rolle spielen», sagt Egli.

Bei Bernmobil rennen die Grünliberalen damit offene Türen ein. «Autonomes Fahren ist ein wichtiges Thema für uns», sagt Sprecher Rolf Meyer. Bernmobil kläre zurzeit die Machbarkeit eines Testbetriebs mit einem selbstfahrenden Kleinbus ab. Bis Ende Jahr sollten dies-

bezüglich erste Ergebnisse vorliegen. Genauere Angaben zu Umfang und Strecke kann Meyer noch nicht machen. «Wie in Freiburg wird es aber eher um die Erschliessung eines Areals oder eines Quartiers gehen», sagt der Sprecher. Einsätze im grossen Stil seien in den nächsten Jahren jedenfalls kaum zu erwarten. «Die in der Schweiz getesteten Busse sind klein und noch langsam unterwegs», sagt Meyer.

Gemächliches Tempo

Letzteres ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Mit ganzen 18 Stundenkilometern verlässt der Kleinbus das Areal des Innovationszentrums in Marly. Im Regula-Betrieb ab Dezember soll er mit 25 Stundenkilometern unterwegs sein. Zu Fuss wäre man auf der 1,3 Kilometer langen Strecke wohl nicht sehr viel länger unterwegs.

Wie bei der Hinfahrt sind keine anderen Passagiere im elfplätzigem Fahrzeug unterwegs. «Am frühen Nachmittag haben wir jeweils ein paar Leute, die von Marly wieder in den Innovationspark zurück wollen», versichert Meuwly. Nach

Postauto Tests in Bern

Die ersten Versuche mit selbstfahrenden Bussen hat Postauto Schweiz durchgeführt. In Sitten wurden seit Juni letzten Jahres über 25 000 Personen befördert. Ebenso viele Personen wurden bei Anlässen in der Schweiz und Europa transportiert. Gemäss einer im September veröffentlichten Studie hatte über die Hälfte von 400 befragten Passagieren keine oder nur leichte Bedenken zum Einsatz selbstfahrender Busse. In Sitten lag der Anteil dieser Personen gar bei 62 Prozent.

Postauto Schweiz entwickelt die Fahrzeuge auf einem Gelände im Berner Stöckackerquartier weiter. So wird dort etwa «die Kommunikation von Lichtsignal und Fahrzeug getestet», wie ein Sprecher von Postauto Schweiz auf Anfrage festhält. Ziel der Tests sei es, dass die Fahrzeuge künftig auch Strassen mit Lichtsignalen befahren könnten. Dies soll bereits ab Dezember in Sitten der Fall sein, wo die autonomen Postautos auf einer verlängerten Strecke mit Ampeln unterwegs sein werden. Im Stöckacker würden auch erste Tests mit der On-Demand-Funktion durchgeführt. Dabei sollen Passagiere die Shuttles via App an einen Standort bestellen können. «Die autonomen Shuttles können ihr Potenzial erst mit der On-Demand-Funktion richtig entfalten», hält der Postauto-Sprecher fest.

Beim Testbetrieb in Freiburg gibt es keine Probleme mit Ampeln, weil der Fahrbegleiter die Ampeln aus anderen Richtungen auf Rot stellen kann. Ein Betrieb on demand wird für die frequenzschwachen Zeiten vor- und nachmittags angestrebt. «Es ist unser Ziel, den Bus on demand ab Sommer nächsten Jahres anbieten zu können», sagt Stéphane Berney von den Verkehrsbetrieben. (bob)

Angaben der Verkehrsbetriebe sollen seit Beginn des Testbetriebs rund vierzig Passagiere pro Tag die Navette benutzen haben. Bei den Passagieren handle es sich meist um die Mitarbeitenden von Start-ups. «Wir haben den Testbetrieb bewusst beim Innovationszentrum geplant», sagt Verkehrsbetriebe-Sprecher Berney. Die Passagiere bräuchten für die kleinen Pannen meist Verständnis auf.

Gespannt auf den ersten Schnee

Zu einem unfreiwilligen Stopp kommt es jedenfalls auch auf der Rückfahrt. Die Ursache ist im ersten Moment unklar. Ein Blick auf den Computer macht klar, dass nicht die über die Fahrbahn hüpfende Krähe verantwortlich gemacht werden kann. «Der GPS-Kontakt ging verloren», sagt Meuwly. Dadurch sei das Fahrzeug um einen Zentimeter von der programmierten Route abgewichen und gestoppt worden. Rasch ist der Bus wieder flott.

Die Sensoren seien sehr empfindlich, sagt der Sprecher der Verkehrsbetriebe. «Wir sind gespannt, was passiert, wenn Schnee auf der Fahrbahn liegt.»

Jetzt spricht sogar die Kiesbranche von einer Krise

Ein brisanter Bericht über das bernische Kies- und Deponiewesen sorgt für Streit zwischen Parlament, Regierungsrat und Branche.

Adrian Schmid

Bei den Gruben gibt es im Kanton Bern einige Probleme. Sogar die Branche spricht neuerdings von einer «Krise im Kies- und Deponiewesen», wie der kantonale Kies- und Betonverband (KSE) gestern in einer Mitteilung schrieb. Dass dies keine Übertreibung ist, zeigt schon nur das vergiftete Klima zwischen den Akteuren.

Gestern bestätigte die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats

(GPK), was der «Bund» schon im Juli publik gemacht hatte: dass der Kanton gemäss einem Bericht der Finanzkontrolle zu viel beim Bauen bezahlt - jährlich drei bis fünf Millionen Franken, weil die Preise im Kies- und Deponiewesen erhöht sind. Die GPK hatte den Bericht bei der Finanzkontrolle in Auftrag gegeben.

Zudem bestätigt die GPK, dass die Finanzkontrolle dem Kanton eine Mitschuld an den hohen Preisen gibt, insbesondere den Direktionen der Regierungsräte Barbara Egger (SP) und Christoph Neuhaus (SVP). Dies, weil eine Gesamtsicht der jeweiligen Ämter fehle, das Controlling mangelhaft sei und die Aufsicht nicht optimal funktioniere.

Obwohl die GPK aus dem Bericht der Finanzkontrolle zitiert, will sie ihn weiterhin geheim halten - weil er vertrauliche Daten enthält. Die GPK reichte un-

längst Strafanzeige ein, weil Auszüge an den «Bund» gelangten.

Geheimhaltung ist umstritten

Der Regierungsrat und der Branchenverband kritisieren die Zurückhaltung der GPK. Beide fordern eine Veröffentlichung des Berichts. Das Vorgehen der GPK entspreche nicht dem Öffentlichkeitsprinzip, schreibt der Regierungsrat in einer Mitteilung. Aussenstehende könnten keine eigene Einschätzung vornehmen, was «Mutmassungen und Gerüchten Vorschub leistet». Der Kiesverband macht geltend, dass ohne Veröffentlichung «eine Diskussion auf Augenhöhe» nicht möglich sei.

Für die GPK sind die Erkenntnisse des Berichts der Finanzkontrolle «insgesamt plausibel». Der Kiesverband hingegen weist den Vorwurf der überhö-

hten Preise «entschieden zurück». Die Grundlage des Berichts sei unklar. Der Verband vermutet sogar, dass die verwendete Datengrundlage «über erhebliche Bereiche falsch ist» und dadurch «irrelevante oder gar falsche Ergebnisse» herausgekommen seien. Die GPK hingegen kann die Kritik an der Methodik «nicht nachvollziehen». Sie verweist auf die Finanzkontrolle, die selbst schreibe, dass die grobe Schätzung nach unten oder oben justiert werden könne - sobald seitens der Ämter detaillierte Zahlen vorlägen.

Die GPK verlangt von der Kantonsverwaltung nun auch, dass sie für ihre Kontrollberichte brauchbare Zahlen erhebt. Der Mangel bestehe seit mehreren Jahren und müsse «unverzüglich beseitigt» werden. Der neuste Bericht wird in der November-Session vom Grossen Rat be-

handelt. Die GPK wird dabei mehrere Anträge einreichen.

Der Kiesverband wehrt sich nicht gegen ein verbessertes Controlling durch den Kanton. «Mehr Transparenz zu schaffen, ist auch im Interesse der Kiesbranche», heisst es im Communiqué. Die Branche fordert nicht nur mehr Ressourcen für die Kontrollen des Kantons. Sondern auch, dass künftig nur noch eine Direktion für das Kies- und Deponiewesen zuständig ist.

Der Regierungsrat will erst Schlussfolgerungen ziehen, wenn die Untersuchung der Wettbewerbskommission (Weko) abgeschlossen ist. Die Weko ermittelt seit 2014, ob Berner Kiesfirmen eine marktbeherrschende Stellung missbraucht haben. Dabei wird auch die Preisfrage angeschaut. In den nächsten Monaten sollten die Ergebnisse bekannt werden.